

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Labour

Germany

Der lange Weg...

... studentischer Beschäftigter nach der Tarifrunde: große Enttäuschung, aber dennoch ein strategischer Teilsieg – eine erste Bewertung von Laura Six, Julius Paul, Ann-Kathrin Hoffmann und Marvin Hopp*

In: *express* 1/2024

Die »Studentenbewegung« ist ein Relikt grauer Vorzeit, die letzten großen Bildungsproteste gegen Studiengebühren und der Widerstand gegen die Umsetzung der Bologna-Reformen im Bewusstsein der Studierenden sind fast vergessen. Seit mehr als zehn Jahren ist, von Aktionen der Klimabewegung oder einzelnen Veranstaltungen für eine Reform des BAföG einmal abgesehen, weitgehend tote Hose, was bundesweiten Protest an Hochschulen angeht. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat vielen von uns das letzte bisschen an Ressourcen geraubt, das mit viel Idealismus neben einem Studium noch zur Verfügung stand, um es der politischen Sache zu widmen. Ein verschultes Studium, das kaum noch Raum lässt für emanzipatorische und kritische (Selbst-)Bildung und eine atomisierte Studierendenschaft, die sich neben unbezahlten Praktika und dem Erwerb von allerlei Zusatzqualifikationen – sofern nicht Mama und Papa zahlen – mit Nebenjobs das Studium finanzieren muss. Eine individuelle und permanente Bewährungsprobe, die »perfekte« Vorbereitung auf den neoliberalen Kapitalismus. Mittlerweile sind es zwei von drei Studierenden, die neben dem Studium »jobben«.

Was an den Hochschulen gegenwärtig passiert oder besser: nicht passiert, hat mit den Kämpfen der Studierendenbewegungen von 1968, die von den Hörsälen ausgehend gesamtgesellschaftliche Forderungen formulierten, nicht mehr viel gemeinsam. Doch trotz des großen Aufbruchs hatte es auch damals etwas auf sich warten lassen, bis die Politisierung der (eigenen) Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in Mobilisierung überführt wurde. Bis Ende der 1970er Jahre dauerte es, bis sich in West-Berlin studentische Beschäftigte an den Hochschulen auf den Weg machten und den ersten Tarifvertrag erkämpften. Mit dem großen »Tutorenstreik« von 1986 (Büchner et al. 1986) konnte man diesen erfolgreich gegen die von der West-Berliner CDU angeführte hochschulpolitische Konterrevolution verteidigen, welche sich gegen alles, was an den Hochschulen auch nur den Hauch von Selbstbestimmung erkennen ließ, richtete (u.a. sollte die Allgemeine Studierendenvertretung wieder aus dem Hochschulgesetz gestrichen werden). Anfang der 1990er Jahre wagte man den Versuch, einen TVStud auch auf Bundesebene durchzusetzen, scheiterte hierbei aber. Vor allem fehlte zur Durchsetzung eine Tarifbewegung an den Hochschulen. Es dauerte bis 2018, bis die Zeit für Streiks studentischer Beschäftigter wieder reif war. Im damals rot-rot-grün regierten Berlin streikten in der Spitze 1.500 Studierende und setzten nach drei Jahren Bewegungsaufbau erfolgreich einen TVStud III durch (Bouali et al. 2019).

In der Folge nahmen wir den Staffelstab in Hamburg und Bremen auf und wollten es ihnen nachmachen. Doch wir scheiterten an der Sozialdemokratie, die keine Alleingänge auf Landesebene wollte und sich hinter ihrem Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verschanzte. Diese Blockadehaltung führte zu einem Strategiewechsel – auch, weil wir zu der Einschätzung kamen, dass wir den Bewegungsaufbau aus

Berlin nicht in gleicher Form auf andere Bundesländer übertragen können. Denn erstens wurde dort 2018 ein Tarifvertrag erneuert, nicht neu erstritten; zweitens sind in Berlin auf Basis des Hochschulgesetzes Vertragslaufzeiten von i.d.R. 24 Monaten vorgesehen, während fehlende vergleichbare Regelungen im Rest der Republik zu Arbeitsverträgen von durchschnittlich weniger als sechs Monaten führen – üblicherweise ergänzt um drei bis vier Anschlussverträge auf ein und derselben Stelle. Uns sind sogar zahlreiche Fälle bekannt, bei denen Studierende in wenigen Jahren weit über 20 Verträge mit einer Hochschule ansammeln konnten. Ein durch und durch prekäres System, was Organisierung, Perspektive und folglich Arbeitskämpfe unterminiert. Drittens verfügen die Kolleg:innen in Berlin neben den Mindestvertragslaufzeiten seit 1968/69 über eine weitere institutionelle Machtressource (Brinkmann et al. 2008: 25.): studentische Personalräte. Sie waren nicht nur 2018 wichtige Voraussetzung für den Aufbau der Streikbewegung, sondern sind gleichzeitig entscheidender Faktor für kontinuierliche gewerkschaftliche Präsenz und arbeitspolitische Gegenöffentlichkeit, um die Einhaltung von Arbeitnehmer:innenrechten einzufordern. Mit dieser Einsicht haben wir unsere Strategie ab 2020 neu ausgerichtet.

Strategic Choice! Institutionelle Machtressourcen stärken und ein »quick and dirty« Arbeitskampf

In Bremen, Hamburg und Göttingen haben wir ab 2020 angefangen, mit Organizing-Ansätzen aus der Krankenhausbewegung zu arbeiten. Ende 2020 starteten wir mit unserer bundesweiten Vernetzung, seitdem treffen wir uns alle zwei Wochen in Videokonferenzen, planen und koordinieren die Bewegung. Bei unserer ersten Kampagne 2021 unter dem Motto »Keine Ausnahme!«, einer Unterschriftensammlung unter studentischen und anderen solidarischen Hochschulbeschäftigten sowie Gewerkschafter:innen, konnten wir nicht nur 5.000 Unterzeichner:innen gewinnen, sondern rund 1.000 von ihnen auf einem bundesweiten Mailverteiler zusammenführen, um sie regelmäßig zu Treffen einzuladen und über Aktivitäten zu informieren. Seitdem wachsen der Verteiler und die Telegramgruppe stetig an. Auf Basis der ersten Erfahrung seit 2019 bestand unsere Strategie dabei aus zwei¹ zentralen Elementen (siehe ausführlich: Hoffmann/Hopp 2021):

- Als Zwischenschritte zu einem Tarifvertrag kämpfen wir politisch und tariflich für die Einführung von Mindestvertragslaufzeiten und studentischen Personalräten. Beide Maßnahmen sollen zur Entprekariisierung beitragen und den studentischen Beschäftigten langfristig bessere Bedingungen für Organisierung ermöglichen; daher haben sie als anvisierte Zwischenschritte oberste Priorität.
- Wir betreiben Organizing und Arbeitskampf »quick and dirty«: Die kurzen Arbeitsverträge, die – abgesehen von jenen, die von politischem Idealismus getrieben werden – den meisten kaum eine Perspektive und noch weniger Anreiz bieten, sich mittelfristig zu organisieren, erfordern (solange wir keine Mindestvertragslaufzeiten haben) ein komprimiertes und intensives Organizing-Semester, um in kurzer Zeit streikfähige Leuchttürme aufzubauen. Der Arbeitskampf muss aufgrund der begrenzten Zeit und der geringen Wirksamkeit von Streiks zudem durch politische Kampagnen begleitet werden, welchen durch die Streiks – die in der öffentlichen Wahrnehmung einen anderen Wert als Demonstrationen haben – zu mehr Aufmerksamkeit verholfen wird. Adressiert werden hierbei gezielt die verantwortlichen Politiker:innen (insbesondere Finanzminister:innen).

Wenn auch noch in kleiner Zahl, führten wir im gleichen Jahr im Rahmen der Tarifrunde der Länder erstmals in der Geschichte der BRD studentische Beschäftigte außerhalb von Berlin im Rahmen einer bundesweiten Tarifikampagne in den Streik. Das Ergebnis der Tarifrunde

¹ Aus heutiger Sicht würden wir eine dritte strategisch wichtige (wenngleich weniger mobilisierende) Forderung hinzufügen: die des Mindeststundenumfangs. Denn ohne die Festlegung einer vertraglichen Mindeststundenzahl werden die erkämpften Lohnzuwächse durch Stundenreduktion seitens der Hochschulen wettgemacht. Diese sollten Löhne oberhalb der Minijob-Grenze festlegen, damit die Beschäftigung aus der Minijob-Zone und in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis überführt wird.

war zumindest ein erster Zwischenschritt: eine sogenannte »gemeinsame Bestandsaufnahme über die Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte«.

Diese positiven Erfahrungen gossen wir in eine neue bundesweite Kampagne, um für 2023 eine noch breitere Bewegung an den Start zu bringen. Mit der Bestandsaufnahme kamen wir den Arbeitgeber:innen zuvor und lieferten mit der Studie »Jung, akademisch, prekär« auf Basis von über 11.000 Befragten den empirischen Beweis für die katastrophalen Arbeitsbedingungen von Hilfskräften und Tutor:innen. Mittels gezielter Lobbyarbeit konnten bereits vor der Tarifrunde erste Teilerfolge vor allem mit Blick auf die Einführung von Mindestvertragslaufzeiten von sechs bzw. zwölf Monaten erreicht werden, u.a. in Hamburg, Bremen und Sachsen. Auch der Referent:innenentwurf zur Reform des WissZeitVG sieht die Einführung von Mindestvertragslaufzeiten von zwölf Monaten vor. In Sachen studentischer Personalvertretung gibt es außerdem Bewegung in Hessen und Brandenburg. Erste Erfolge, die zeigten, dass es gemeinsam etwas zu gewinnen gibt. Und so riefen die TVStud-Aktiven Anfang 2023 den Beginn einer bundesweiten Streikbewegung studentischer Beschäftigter unter dem Motto »Jetzt oder nie!« aus. Das Ziel war klar: in der Tarifrunde der Länder 2023 endlich einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte durchsetzen!

Schuldrechtliche Vereinbarung statt Tarifvertrag

Angesichts des gesetzten Ziels und vor dem Hintergrund der zahlreichen politischen Bekenntnisse ist das Ergebnis der Verhandlungsrunde enttäuschend: Kein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, stattdessen erst einmal nur eine schuldrechtliche Vereinbarung.

Für Wut und Empörung sorgt die Tatsache, dass die Arbeitgeber:innen entgegen ihrer politischen Bekenntnisse im Vorfeld der Tarifrunde (Koalitionsverträge, Regierungserklärungen), auf deren Basis es zwischen den Ländern zehn zu fünf für eine Verbesserung und eine Tarifierung stand, in ihrer Mitgliederversammlung geschlossen gegen deren Integration in den TV-L stimmten. Gerade mit Blick auf die rot-grüne Mehrheit im Arbeitgeberlager zeigt dies, dass SPD und Grüne keine Partner:innen sind, wenn es um Tariftreue, die Einhaltung von Arbeitnehmer:innenrechten und mehr soziale Gerechtigkeit geht. Denn offenbar ist bei der alten Leier von »Sozialpartnerschaft« inzwischen nicht einmal mehr die Existenz von Mitbestimmungsrechten und der Abschluss von Tarifverträgen gemeint. So kommentierte der Hamburger Finanzsenator und Verhandlungsführer der Arbeitgeber:innen, Andreas Dressel (SPD), nach dem Abschluss die zahlreichen öffentlichen Beschwerden studentischer Beschäftigter in den sozialen Medien wie folgt: »[M]anche [haben offenbar] noch nicht mitbekommen, dass Kompromisse zur Sozialpartnerschaft/Tarifautonomie dazugehören.«

Als Gewerkschafter:innen tun wir gut daran, dies zu Kenntnis zu nehmen und unsere Strategien entsprechend anzupassen. In zukünftigen Tarifrunden des öffentlichen Dienstes gilt es daher, neben dem Aufbau von betrieblicher Stärke noch mehr auf deren Kombination mit politischen Kampagnen zu setzen. Insbesondere in Hamburg wurden Bürgermeister Tschentscher und Finanzsenator Dressel regelmäßig bei Wahlveranstaltungen und anderen öffentlichen Auftritten in die Situation gebracht, sich gegenüber TV-L-Beschäftigten und studentischen Beschäftigten zu rechtfertigen. Mit Erfolg: Der dritte Verhandlungstermin wurde damit eröffnet, dass die Arbeitgeber:innen aufgrund ihrer »Störgefühle« diese Aktivitäten zum Thema machten und sich beschwerten. Eine derartige Politisierung der Tarifrunde gilt es in Zukunft weiter auszubauen.

Im Ergebnis beinhaltet die schuldrechtliche Vereinbarung:

- eine Umkehrung der bisherigen Logik von Höchst- auf Mindeststundenlöhne. Dies bedeutet, dass die Stundenentgelte ab April nicht mehr von der TdL gedeckelt sind, sondern die Länder und Hochschulen nach oben abweichen dürfen.
- Die Unterscheidung zwischen Ost und West wurde abgeschafft.
- Die Mindeststundenlöhne steigen ab dem Sommersemester 2024 auf 13,25 Euro, ein Jahr später auf 13,98 Euro.
- Ab Sommersemester 2024 gelten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen bundesweit Mindestvertragslaufzeiten von in der Regel zwölf Monaten. Wo Ausnah-

men gemacht werden, dürfte Gegenstand von Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten werden.

- Die Tarifvertragsparteien haben sich in der Vereinbarung ebenfalls darauf verpflichtet, auch in künftigen Tarifrunden über die Höhe der Löhne und andere die Arbeitsbedingungen der über 300.000 studentischen Beschäftigten betreffende Aspekte zu verhandeln.

Damit liegt der Abschluss deutlich unter den Forderungen. Dennoch handelt es sich um einen weitreichenden Durchbruch: Zum ersten Mal gibt es in Folge eines bundesweiten Arbeitskampfes studentischer Beschäftigter eine bundesweite Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen, die die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten verbessert. Teil dieser Vereinbarung ist die Durchsetzung zweier wichtiger Aspekte: Die Mindestvertragslaufzeiten entprekarisieren die Arbeitsbedingungen ein Stück weit und dürften die Bedingungen für einen Bewegungsaufbau in der nächsten Tarifrunde deutlich verbessern – dies auch im Zusammenhang mit der Zusage, künftig mit ver.di und GEW gemeinsam zu verhandeln. Auch wenn es noch kein Tarifvertrag ist, ist damit nach über 30 Jahren endlich ein weitreichender Einstieg in Verhandlungen gelungen. Neben weiteren konkreten Verbesserungen steht das Möglichkeitsfenster für einen TVStud damit in der nächsten Tarifrunde weiter offen. Obwohl dies für viele nur einen schwachen Trost darstellt, betrachten wir es dennoch als einen strategischen Teilsieg.

Was haben wir gelernt?

In der Bewertung der Strategie »quick and dirty« muss attestiert werden, dass die Bewegung zwar schnell an Organisation und medialer Stärke gewinnen konnte, aber dennoch hinter ihrem Potenzial an Mitgliedszahlen und Aktiven zurückblieb. Grundsteine für zukünftige Arbeit sind jedoch gelegt. Auch der Aufbau einer öffentlichen Kampagne kann nach innen und außen positiv gewertet werden: Viele Aktive konnten sich damit identifizieren, die Arbeitgeber als politische Gegner zu verstehen und ihren Frust entsprechend zu kanalisieren, was diese in sozialen Medien oder auf Kundgebung auch zu spüren bekamen. Letztlich muss aber anerkannt werden, dass der Druck nicht ausgereicht hat, um in den Verhandlungen einen TVStud durchzusetzen.

Im Hochschulbereich führte die »Sonderforderung« nach einem TVStud in Kombination mit Organizing-Aktivitäten in der Tarifrunde zu einer besonderen Dynamik und einer in dieser Form noch nie dagewesenen Streikbeteiligung im Hochschulbereich. Den Höhepunkt der Mobilisierung stellte der Hochschulaktions- und Streiktag am 20. November dar, in dessen Rahmen an über 100 Standorten Aktionen und an über 80 Standorten Warnstreikaktivitäten stattfanden. Tarifliche und politische Forderungen nach höheren BAföG-Sätzen und Löhnen, nach der Entprekarisierung von Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb durch eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie nach einem TVStud wurden unter der inhaltlichen Klammer der Forderung nach der Ausfinanzierung der Hochschulen verbunden. Auf diese Weise war sowohl die zielgruppenspezifische Ansprache sowie Breite der Bewegung gegeben und konnte auf geschickte Weise die aktuelle Rechtsauffassung zum politischen Streikrecht umgangen werden. Das Framing eines bundesweiten Aktionstages ermöglichte es zudem, anders als bei kurzfristigen Streikaufrufen, frühzeitig und im Rahmen von Vorlesungen, Seminaren und öffentlichen Veranstaltungen zu mobilisieren. Auf diese Weise konnten über 14.000 Streikende und Protestierende im gesamten Bundesgebiet auf die Straßen gebracht werden und zahlreiche neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden. Ein erfolgreicher Tag, der sich nicht zuletzt auch in einem großen Presseecho widerspiegelt. Dennoch blieb die Bewegung, was gewerkschaftliche Kennzahlen angeht, hinter ihrem Potenzial zurück: Die Zahl derjenigen, die sich an Demonstrationen und Protestaktionen beteiligten, spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Mitgliedergewinnung wider und die Streikzahlen waren immer noch zu klein im Verhältnis zu der Masse der Hochschulbeschäftigten, welche eine der größten Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst der Länder bilden. Der Organisationsgrad konnte zwar gesteigert werden, liegt bundesweit aber

dennoch weiterhin im einstelligen Bereich. Bei den studentischen Beschäftigten zeigte sich (ähnlich wie auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen) wieder einmal, dass die besonders große Machtasymmetrie zu den Vorgesetzten (meist Professor:innen) die gewerkschaftliche Organisation und Kampfkraft strukturell erschwert. Die kurzen Vertragslaufzeiten verstärken dies zusätzlich. So war ein Teil der Beschäftigten, die im Sommersemester im Rahmen von Organizing-Aktivitäten gewonnen werden konnten, zum Zeitpunkt der Streiks im Wintersemester bereits nicht mehr oder zumindest vorübergehend nicht an der Hochschule beschäftigt, konnte sich folglich zwar als Studierende, nicht aber als Beschäftigte an den Streiks beteiligen.

Die Kampagne hat gezeigt, dass demokratische Strukturen in der Organisation von Arbeitskämpfen essenziell sind, aber deren Nutzung noch nicht eingeübt ist. In TVStud-Botschafter:innen-Calls, die allen Aktiven – auch Nicht-Mitgliedern – offenstanden, und mit Tarifinfos, die von der Verhandlungskommission erstellt wurden, wurde regelmäßig öffentlich über die Forderungen, den aktuellen Stand der Verhandlungen und die nächsten Schritte informiert und diskutiert. Örtlich wie zeitlich fluktuierende Teilnehmendenzahlen an Austausch- und Auftreffungen legen jedoch nahe, deren Relevanz in Zukunft noch stärker zu betonen. Langfristig Arbeitskämpfe unter den studentischen Beschäftigten zu etablieren, wird noch ein langer Weg, der vieler Schritte bedarf, die die strukturellen Rahmenbedingungen verbessern und eine gewerkschaftliche Kultur an den Hochschulen verankern. Insbesondere in den Städten, wo wir bereits in der Tarifrunde 2021 erstmals aktiv waren oder gar gestreikt haben, ist in der Ansprache sehr deutlich geworden, welchen Wert derartige Erfahrungen und kontinuierliche Arbeit für die Mobilisierung in der Tarifrunde hatten.

Strategische Reichweite erkennen! Was passieren muss, damit der Erfolg verstetigt wird

Laut der 22. Sozialerhebung (2021: 84; 87) gehen zwei Drittel aller Studierenden in Deutschland neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach, 17,8 Prozent davon arbeiten als Hilfskräfte oder Tutor:in an einer Hochschule, 21,3 Prozent in einer Einrichtung außerhalb der Hochschulen (z.B. Forschungseinrichtungen). Die Arbeit als studentische:r Beschäftigte:r im Zuständigkeitsbereich des Staates stellt damit das Zentrum des prekären studentischen Arbeitsmarktes dar. Werden in diesem Bereich Verbesserungen durchgesetzt, bedeutet das nicht nur die Entprekariisierung der studentischen Beschäftigten, sondern die Verbesserung der sozialen Lage von hunderten tausenden Studierenden. Zudem bietet TVStud die Chance, diesen Menschen bereits am Anfang ihres beruflichen Werdegangs Gewerkschaft näher zu bringen und sich mit den Hochschulen einen kaum bis schlecht organisierten Bereich zu erschließen. Großbetriebe haben als Ort der Erstansprache zur Gewinnung neuer Mitglieder u.a. ihre Ausbildungswerkstätten, für Akademiker:innen (von denen es mittlerweile mehr gibt als Auszubildende) ist der Ort der Ausbildung die Hochschule. Die dort gesammelten Erfahrungen nehmen unsere studentischen Kolleg:innen nach ihrem Abschluss mit in die Arbeitswelt. Gewerkschaftliche Arbeit sollte es deshalb schaffen, diesen prekären Arbeitsbedingungen die Erfahrung von Solidarität und letztlich eine signifikante Verbesserung der materiellen Lebenssituation entgegenzustellen. Die strategische Reichweite der TVStud Kampagne muss von allen DGB-Gewerkschaften erkannt, mit entsprechenden Ressourcen verstetigt und weiterentwickelt werden. Innergewerkschaftlich muss TVStud folglich als fester Bestandteil der Hochschularbeit etabliert werden. Ergänzend zu der bisherigen Hochschularbeit, die vor allem aus Beratungsangeboten bestand, rückt TVStud die unmittelbare Organisation entlang der eigenen Arbeitsbedingungen und die Erfahrungen des Aufbaus von Handlungsmacht seitens der Studierenden als (künftigen) Arbeitnehmer:innen in den Mittelpunkt. So wird Gewerkschaft bereits im Studium als Kampforganisation erfahrbar gemacht.

Aufgrund der hohen Fluktuation unter den Studierenden braucht es dafür aber – ähnlich wie bei den Auszubildenden – eine Berücksichtigung in der kontinuierlichen Arbeit vor Ort. Dafür muss diese Arbeit Bestandteil der Arbeitspläne von zuständigen Hauptamtlichen werden, etwa durch Infoveranstaltungen (in Kooperation mit Studierendenvertretungen und Personalräten) für studentische Beschäftigte zum Start jedes Semesters sowie durch weitere

gezielte Ansprache-Aktionen. Im Jahr vor den Tarifrunden der Länder lassen sich die Kampagnenpläne von 2021 und 2023 als Blaupausen verwenden. Insbesondere der zeitliche Dreischritt aus Konferenz, Organizing-Semester und Streiksemester bietet eine Orientierung, bedarf aber finanzieller Ressourcen, hauptamtlicher Unterstützung vor Ort sowie frühzeitig entsprechender Angebote zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen. Insbesondere die letzten beiden Aspekte waren im vergangenen Jahr immer noch zu unterentwickelt. Groß ist bei uns die Sorge, dass es mancherorts verpennt wird, TVStud in die kontinuierliche gewerkschaftliche Betreuungs- bzw. Unterstützungsarbeit zu überführen. Es wäre eine verpasste Chance für unsere Organisationen.

Der Weg zur nächsten Tarifrunde

In Hessen startet Anfang Februar 2024 die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst (TV-H), bei der es ebenfalls um die Tarifierung studentischer Beschäftigter gehen soll. Und auch in Berlin gibt es die Möglichkeit, den TVStud III zu kündigen und für einen TVStud IV in den Streik zu treten. Bis zur nächsten Tarifrunde ist (u.a. von Personalräten und TVStud-Initiativen) dafür Sorge zu tragen, dass die Regelungen aus der schuldrechtlichen Vereinbarung schnelle Umsetzung erfahren und deren Einhaltung kontrolliert wird.

Unter der Bedingung, dass studentische Beschäftigte weiterhin mittelbar bis unmittelbar von den betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen ausgeschlossen sind, bedeutet dies, dass neben den vorhandenen Personalräten auch (weiterhin) Studierendenvertretungen den Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter als ihre Kernarbeit verstehen müssen. Hier gab es in den letzten Monaten viele erfreuliche Erfahrungen, an die es anzuschließen gilt. Die Vernetzung mit hochschulpolitischen Akteur:innen darf sich jedoch nicht in Gremienarbeit erschöpfen, sondern muss bewegungspolitisch forciert werden. Beispiele wie Aachen, wo auf einer studentischen Vollversammlung mit über 900 Menschen die Kämpfe um TVStud, um die Ausfinanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und um soziale Mobilität in Gestalt des Semestertickets erfolgreich zusammengeführt wurden, zeigen das Potenzial für solch ein Vorhaben. Gerade mit Blick darauf, dass die Verteilungskämpfe in naher Zukunft zunehmen werden, erweist sich der gemeinsame Schulterschluss als notwendiger denn je. Zudem eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, aus der Not eine Tugend zu machen und die Auseinandersetzung um die Umsetzung der Tarifeinigung, insbesondere die Einführung von Mindestvertragslaufzeiten mit der Forderung nach vollwertigen und gesetzlich garantierten Mitbestimmungsrechten, zu verknüpfen. Mittels einer breiten und auf Bundesebene koordinierten Kampagne kann so die Zeit bis zur nächsten Tarifrunde genutzt werden, um sich weitere Machtressourcen zu erschließen und die Verbesserung der Organisationsbedingungen strategisch voranzubringen. Auf diese Weise könnten die anstehenden Landtagswahlen gewerkschaftlich und hochschulpolitisch begleitet werden, um TVStud und die Einführung studentischer Personalräte auf die Agenda zu setzen. Im Jahr 2025 bietet sich dann die Chance, den TVStud im Rahmen der Tarifrunde der Länder ins Ziel zu bringen. Seit 1980 kämpfen Studierende hierfür. 2018 ist der Funke übergesprungen, wir konnten seit 1986 erstmals konkrete Erfolge erzielen und damit große Schritte in Richtung eines bundesweiten Tarifvertrags gehen. Es bleibt zu hoffen, dass aus dem Schwelbrand von 2021 und dem Feuer von 2023 der entscheidende Flächenbrand wird, um 2025 zu gewinnen.

Laura Six engagiert sich seit 2020 bei TVStud Hamburg und ist Mitglied der ver.di Bundesjugendtarifkommission im öffentlichen Dienst.

Julius Paul engagiert sich seit Anfang 2023 bei TVStud Hannover und ist Mitglied im SDS.

Ann-Kathrin Hoffmann engagiert sich seit 2020 bei TVStud, zunächst in Schleswig-Holstein, später in NRW.

Marvin Hopp studiert aktuell in Göttingen, hat ab 2019 die TVStud-Initiative in Hamburg und später die bundesweite Bewegung mit aufgebaut.

Literatur:

22. *Sozialerhebung (2023): Die Studierendenbefragung in Deutschland: 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021. Herausgegeben durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)*
- Bouali, Celia u.a. (Hg.) (2019): »Ohne uns läuft hier nix!« *Der Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Brinkmann, Ulrich u.a. (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Büchner, Gerold u.a. (1986): *Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Tutoresstreik 1986*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin (2021): *Auch an Hochschulen die Machtfrage stellen! Über den Arbeitskampf Studentischer Beschäftigter*. In: *Forum Wissenschaft*, Nr. 3. Online unter: <https://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/11020930.html>.

Der TVStud-Kampagnenplan 2023 – mit dem Streiksemester 2021 als Blaupause**Januar 2023**

- 18. Januar: Veröffentlichung der Studie »Jung, akademisch, prekär« mit über 11.000 Befragten, eine Woche vor Start der »Bestandsaufnahme zu den Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte« zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften, welche 2021 im Tarifabschluss vereinbart wurde. Nach breiter medialer Berichterstattung kamen am 24. Januar zur digitalen Vorstellung der Studie über 200 Teilnehmer:innen.
- 26. Januar: erstes Gespräch zwischen Arbeitgeberverband, ver.di und GEW unter Beteiligung von ehrenamtlichen TVStud-Aktiven.
- Start der »TVStud-Botschafter:innen«-Runden: Nach allen Gesprächen mit dem Arbeitgeberverband sowie im Anschluss der Verhandlungstermine finden Videokonferenzen statt, in denen alle auf einen Stand gebracht und Raum für Diskussionen und die Planung des weiteren Vorgehens geschaffen werden.

Februar 2023

- 24.-26. Februar: »Jetzt oder Nie« – Bundesweite Kick-Off Konferenz mit über 200 Aktiven an der Universität Göttingen. Neben inhaltlichen Diskussionen und Strategieplanung schulen sich die Aktiven gegenseitig in Organizing und üben die Ansprache von Kolleg:innen.

März – Oktober 2023

- Start des bundesweiten Organizing-Semesters. Mit einheitlichen Ansprachebögen führen TVStud-Aktive an zahlreichen Hochschulen im gesamten Bundesgebiet über 3.500 »1 zu 1-Gespräche«. Sie fragen ihre Kolleg:innen, was sich an ihren Arbeitsbedingungen verbessern soll und was sie bereit wären zu tun: Streiken, Gewerkschaftsmitglied oder TVStud-Botschafter:in werden, selber Kolleg:innen ansprechen? Im Rahmen der Gespräche werden Kontaktdaten, insbesondere Handynummern gesammelt und in Listen zusammengetragen. Diese bilden den entscheidenden Schlüssel bei der finalen Mobilisierung zu den Streiks via Telefonorganizing und SMS-Verteiler. Wer sich bereiterklärt hat, selber Gespräche zu führen, wird gezielt zu sogenannten Ansprachetrainings und Strukturaufbautreffen eingeladen.

Mai 2023

- 4. Mai: »Get Organized to win – Bundesweiter Call« zum Zwischenstand der Bewegung.
- 12.-14. Mai: Auf der bundesweiten Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bochum bildet das Branchentreffen der Hochschulbeschäftigten mit über 140 Teilnehmer:innen erstmals das größte Vernetzungsplenum. Die Idee eines bundesweiten Hochschulaktionstags, welcher im Rahmen der Tarifrunde zum Streiktag werden könnte, wird geboren.

Juni 2023

- 12.-16. Juni: #AktionswocheWissenschaft mit dem Schwerpunkt TVStud und Wissenschaftszeitvertragsgesetz.
- Neben der strategischen Entscheidung, in der Tarifrunde der Länder 2023 auch Sonderforderungen in einzelnen Bereichen des Tarifgebiets, u.a. die Tarifierung der studentischen Beschäftigten zuzulassen, beschließt die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK öD) von ver.di die Einrichtung einer ehrenamtlichen TVStud-Verhandlungskommission. Der Termin dient der Bewegung als Meilenstein im bundesweiten Organizing-Semester.

Juli 2023

- Zum Ende des Semesters ziehen studentische Beschäftigte u.a. in Hamburg, Thüringen, NRW, Sachsen und etwas später auch Niedersachsen mit Kundgebungen vor Finanzministerien und Landtage, um auf den Abschluss der Bestandsaufnahme und die Einhaltung der Koalitions- und Regierungsversprechen (zum Thema Tarifbindung und Tarifvertrag für studentische Beschäftigte) zu drängen.
- 27. Juli: Die TVStud-Verhandlungskommission von ver.di nimmt ihre Arbeit auf.

August 2023

- 8. August: Start der Online-Forderungsbefragung als Ergänzung zu den Ansprachebögen auf Papier.
- 29. August: Der erste öffentliche Vernetzungszoom zum Hochschulaktionstag. Den Aufruf unterzeichnen neben TVStud: ver.di, GEW, DGB, die Linke.SDS, Juso-Hochschulgruppen, freier Zusammenschluss der student*innenschaften (fzs), Netzwerk Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAwiss).

September 2023

- Aufstellung der TVStud-Forderungen nach Diskussionen auf lokaler und bundesweiter Ebene sowie im Rahmen des TVStud-Botschafter:innen-Treffens.

Oktober 2023

- Abschluss der Bestandsaufnahme und Gespräche zwischen Arbeitgeber:innen und Gewerkschaften aus der Tarifeinigung 2021. Trotz erdrückender Datenlage gibt es kein gemeinsames Ergebnis; bzgl. Handlungsbedarfen verweisen die Arbeitgeber:innen auf die bevorstehende Tarifrunde.
- 11. Oktober: Mit der Aufnahme in den Forderungsbeschluss der BTK öD – und in Erwartung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte – wird TVStud offiziell Teil der Tarifrunde der Länder 2023.
- Nach Ablauf der Friedenspflicht und dem Verhandlungsauftritt am 26. Oktober finden lokal erste offizielle Arbeitsstreiks² zur Vorbereitung der Warnstreiks statt.

November 2023

- 2./3. November: Zweite Verhandlungsrunde, ohne Ergebnis. Die TVStud-Verhandlungskommissionen von ver.di und GEW sind in Potsdam vor Ort, zwei Kolleginnen sitzen sogar mit am »Runden Tisch« zu TVStud.
- Es folgen bundesweit zahlreiche Warnstreiks unter Beteiligung studentischer Beschäftigter. Viele werden erstmals zum Streik herausgerufen, treffen morgens ihre Kolleg:innen am Streikposten, füllen Streikgeldformulare aus oder werden noch am selben Tag Gewerkschaftsmitglied.
- 20. November: Am bundesweiten #Hochschulaktionstag gegen prekäre Wissenschaft gibt es in über 100 Städten Aktionen für eine Ausfinanzierung des Wissenschaftsbe-

² Bei den Arbeitsstreiks werden gezielt einzelne Beschäftigte zum Streik aufgerufen. Die Streikzeit wird genutzt, um andere Beschäftigte z.B. durch Bürorundgänge oder mittels Telefonorganizing anzusprechen, um für die »richtigen« Warnstreiktage zu mobilisieren. Im Hochschulbereich gab es bspw. einen zeitgleichen Arbeitsstreiktag an 19 Hochschulen, der in einer gemeinsamen Videoschaltung eröffnet wurde. Im Anschluss starteten die Kolleg:innen vor Ort ihre Aktivitäten.

triebs, in mehr als 80 kommt es zu Warnstreiks. In dieser Form waren die Hochschulen noch nie an einer Tarifrunde beteiligt.

- 21. November: Wir sind Teil des Jugendstreiktags in Hamburg, Würzburg, Erlangen und Düsseldorf. Neben der Forderung nach einem TVStud wird gemeinsam für die Forderungen der Auszubildenden und Dual-Studierenden gekämpft.
- 22. November: Der Stadtstaatenstreiktag bekräftigt die Sonderforderung nach einer Stadtstaatenzulage. Auch studentische Beschäftigte streiken erneut in Berlin und Hamburg.
- 30. November: Öffentliche Solidaritätsbekundung von über 2.000 Wissenschaftler:innen (darunter über 700 Professor:innen) für TVStud, die sich in einem offenen Brief an die Arbeitgeber:innen wenden.

Dezember 2023

- 5./6. Dezember: Bundesweite Warnstreiks. Erneut sind zahlreiche studentische Beschäftigte mit auf der Straße.
 - 7. Dezember: Beteiligung an zentralen Warnstreikaktionen am Verhandlungsort.
 - 7.–9. Dezember: *Dritte Verhandlungsrunde mit Ergebnis.*
-

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Bundesweite Petition und Bewegung für TVStud: Keine Ausnahme! Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter](#)